schen Arbeiter der Waggon-Fabrik erzwungen, und der deutschen Bevölkerung wurde mit weiteren Plünderungen gedroht, wenn sie nicht sofort auswandere. Die Polizei erwies sich als machtlos, erst abends wurde die Ruhe durch Militär wieder hergestellt. Es scheint, daß die Ereignisse in Ostrowo die Vorboten einer größeren Bewegung gegen die Deutschen sind.

Die Lieferung deutscher Holzhäuser. Die deutschen und die französischen Sachverständigen haben am Freitag und am Sonnabend die Verhandlungen über die Lieferung deutscher Holzhäuser in der Wiederaufbauzone fortgesetzt. Wie „Temps" mitteilt, handelt es sich jetzt darum, die Modelle zu vereinfachen, um eine wesentliche Preisverminderung herbeizuführen. Nach dem Intransigeant ist man wegen des Preises zu einem Einverständnis gekommen. In den beiden ersten Monaten sollen je 1500 Häuser geliefert werden, in den folgenden Monaten soll die Zahl der Häuser auf 3000 und vielleicht noch mehr steigen.

Die Forderung nach Entwaffnung der Einwohnerwehren. Wie die „Welt am Montag" erfährt, sind nachstehende beiden Telegramme an den Reichskanzler abgegangen: 1. Deutscher Textilarbeiterverband, 560 000 Mitglieder, fordert völlige Entwaffnung und Auflösung von Einwohnerwehren, Selbstschutz und ähnlichen Organisationen. Der Vorstand Feinhals. — 2. Der republikanische Führerbund begrüßt das Vorgehen des Herrn Reichskanzlers in der Entwaffnungsfrage der Selbstschutzorganisationen. Mit der Entwaffnung und Auflösung dieser Organisationen wird der Republik sowohl innen- als außenpolitisch ein großer Dienst erwiesen. Der republikanische Führerbund ist bereit, durch aufklärende Vorträge die Arbeit zu unterstützen und stellt seinen Nachrichtendienst über verborgen gehaltene Waffenlager illegaler Organisationen jeder Zeit in den Dienst der Regierung.

Die zweite Rate auf die eine Milliarde Goldmark. Der Reparationskommission sind am 31. Mai als zweite Rate auf die eine Milliarde Goldmark 50 Millionen Goldmark angeboten worden. Diese 50 Millionen Goldmark sind nunmehr in gleicher Weise wie die erste Rate von 150 Millionen Goldmark der Federal Reserve Bank in Newyork in Dollars überwiesen worden.

Der Seedienst nach Ostpreußen. Die Hamburg-Amerika-Linie gibt über den Seedienst nach Ostpreußen folgendes bekannt: Die Verhandlungen, welche zwischen dem Reich und den beteiligten Reedereien (Hamburg-Amerika-Linie und Stettiner Dampfschiffahrtsgesellschaft Bräunlich) über die Aufrechterhaltung des täglichen Schnelldampferdienstes zwischen Swinemünde und Pillau neuerdings gepflogen worden sind, haben zu einer Verlängerung des bisherigen Vertrages bis zum nächsten Herbst geführt, sodaß also der Fortbestand dieser wichtigen, vom polnischen Korridor **unabhängigen innerdeutschen See-Personenverbindung mit Ostpreußen** gesichert ist. Die Fahrten werden nach wie vor täglich in jeder Richtung ausgeführt und die anschließenden Eilzüge Berlin-Swinemünde und Pillau—Königsberg sind durch den Sommerfahrplan festgelegt. Besondere Bedeutung erhält die Verbindung noch dadurch, daß mit den am 1. Juni allgemein eintretenden Tarifveränderungen auch für sie ein neuer Durchgangstarif nach allen wichtigen Stationen geschaffen wurde, der sich zum Teil **bedeutend billiger** als der für den Landweggültige stellt.

Eine Rede Schiffers. Auf dem Düsseldorfer demokratischen Parteitag sprach der Reichsminister Schiffer über die politische Lage in teilweise vertraulichen Ausführungen. Zur Frage der Annahme oder Ablehnung des Ultimatums wies Schiffer daraufhin, daß, um ein Nein in solchen Lebensfragen der Nation eben nicht nur ausgesprochen, sondern auch ausgeführt zu sehen, die eine Voraussetzung sein müsse, nämlich die, daß das ganze Volk hinter diesem Nein stehe. Es habe sich aber gezeigt, daß diese Voraussetzung beim deutschen Volk nicht gegeben gewesen sei. Das ganze Problem der Erfüllung ist nach Schiffers Ansicht keine rein wirtschaftliche, als vielmehr im höchsten Sinne politische Frage, weil hier wiederum die großen weltwirtschaftlichen Zusammenhänge und Probleme hineinspielen.

Zur Freisprechung des Kapitänleutnants Neumann. In der Begründung des Urteils im Prozeß gegen Kapitän Neumann heißt es: Der Angeschuldigte hat das Lazarettschiff „Dover Castle" torpediert. Er hat den Erfolg, daß dabei Menschenleben in Verlust geraten könnten, in seinen Willen mit aufgenommen. Die Tat ist als im Inlande begangen anzusehen und nach deutschem Strafrecht zu beurteilen. Maßgebend ist, ob der Angeschuldigte in den Grenzen des ihm erteilten Befehls gehandelt hat, und daß der Untergebene durch Befehl seiner Vorgesetzten gedeckt ist. In dem Recht sämtlicher Kulturstaaten ist dies anerkannt. Das deutsche Gesetz ist in dieser Hinsicht strenger als andere Strafgesetze. Irgendeine Grausamkeit, wie es in den Anschuldigungen der Alliierten heißt, ist nicht erwiesen. — Aus der Begründung des Urteils ergibt sich, daß der Beschuldigte freigesprochen worden ist, weil er bei Ausführung der ihm zur Last gelegten Handlung einem dienstlichen Befehl gehorcht hat. Ob ein solcher Befehl rechtmäßig oder rechtswidrig war, ist in diesem Verfahren nicht entschieden worden; diese Frage bildet den Gegenstand eines anderen Verfahrens.

Der Deutsche Bergarbeiterverband zur Sozialisierung. Am letzten Verhandlungstag der Generalversammlung des Deutschen Bergarbeiterverbandes in Gießen wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der es heißt, daß der Bergarbeiterverband an dem Bielefelder Beschluß von 1919 über die Sozialisierung des Bergbaus und an der gleichgerichteten Entschließung des internationalen Bergarbeiterkongresses festhält. Unter Sozialisierung sei zu verstehen die Uebertragung der Verfügungsgewalt über die Gewinnung und Verteilung der Bodenschätze auf die durch die Reichsgesetzgebung berufene Vertretung des Volksganzen. Die in jüngster Zeit schnell fortgeschrittene privatkapitalistische monopolistische Vertrustung der Bergbauindustrie bedrohe die Interessen des Volksganzen in steigendem Maße. Der notwendige Schutz der öffentlichen Interessen gegen diese privatkapitalistische monopolistische Beherrschung der wichtigsten Rohstoffindustrie sei Hauptgrund für die Forderung der Sozialisierung. Die Vorschläge der Unternehmer beabsichtigten keine Sozialisierung, sondern eine außerordentliche Unterstützung der Vertrustungsbestrebungen. Der Vorschlag, Kleinaktien herauszugeben, wolle die krasse Gewinnsucht noch verstärken. Der Bergarbeiterverband lehne ihn entschieden ab. Er fordere von der Reichsregierung, daß sie ihr Versprechen vom 5. August und 22. September 1920, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die staatliche Sozialisierung des Bergbaus bezweckt, ohne Verzögerung einlöse. Bei der Vorstandswahl wurde der alte Vorstand wiedergewählt.

Frankreich.

Die Frage eines französisch-englischen Bündnisses. Die Erörterungen über den möglichen Abschluß einer französisch-englischen Allianz veranlassen den „Matin", darauf hinzuweisen, daß eine Allianz zu zweien nicht imstande sei, den Pakt zu dreien zu ersetzen. Die Allianz könne für Frankreich nur dann einen vollkommenen Wert haben, wenn sie in einer sehr nahen Zukunft den Hinzutritt eines dritten Partners erhoffen lasse, und wenn sie auf alle Fälle nicht den Argwohn erwecken könne, daß die Sache Frankreichs von der der Vereinigten Staaten getrennt werde, sodaß eines Tages vielleicht die beiden größten Demokratien der Welt in verschiedenen Lagern zu finden sein würden. Europa vermöge nichts ohne eine Entente zwischen Frankreich und England, aber die Welt nichts ohne die Mitarbeit Amerikas. Auch Pertinax erklärt im „Echo de Paris", daß das englische Kabinett bereit sei, das Problem einer französisch-englischen Allianz zu besprechen. Frankreich werde glücklich sein, wenn diese Unterredung stattfinde, denn es wolle wissen, woran es sei. Selbstverständlich könne es sich nicht mit den vagen Abkommen, die zwischen 1904 und 1914 bestanden hätten, begnügen.

Eine Ansprache Millerands. Präsident Millerand hielt bei der Enthüllung eines Denkmals für die gefallenen Schüler eines Gymnasiums eine Ansprache, in der er sagte, das republikanische Frankreich hänge mit allen Fasern am Frieden. Wenn es heute, drei Jahre nach Beendigung der Feindseligkeiten noch Gewehr bei Fuß stehen müsse, so sei es dafür nicht verantwortlich. Es würde seine gefallenen Söhne verraten, wenn es nicht die Ausführung der feierlich übernommenen Verpflichtungen überwachen würde.

Die Entlassung der Jahresklasse 1919. Kriegsminister Barthou ist am Sonnabend von seiner Inspektionsreise im besetzten Rheinland nach Paris zurückgekehrt. Er erklärte dem Vertreter der Havasagentur, er glaube die Entlassung der Jahresklasse 1919 zu einem viel früheren Zeitpunkt in Aussicht stellen zu können, als er zu hoffen gewagt habe. Er habe die Ueberzeugung, daß, wenn Deutschland fortfahre, seinen guten Willen zu zeigen, der Monat noch nicht zu Ende gegangen sein werde, bevor die Jahresklasse 1919 in die Heimat zurückgeschickt worden sei.

Pressestimmen zur Abstimmung im deutschen Reichstag. Gustav Hervé bespricht in der „Victoire" die Abstimmung im deutschen Reichstag am Sonnabend. Er weist darauf hin, daß Kriegsminister Barthou die Entlassung der Jahresklasse 1919 für Ende dieses Monats in Aussicht gestellt habe. Das sei eine intelligente Politik. Diese Geste werde als eine elegante Antwort auf die am Sonnabend stattgefundene Abstimmung des demokratischen Deutschland von der deutschen und europäischen Galerie ausgelegt werden. Hervé tritt auch für die Aufhebung der Sanktionen am Rhein ein, die gegen das „reaktionäre Deutschland des Dr. Simons" ergriffen worden seien. Schließlich macht er den Vorschlag, auch dem neuen Deutschland in Oberschlesien eine Prämie(!) zu gewähren. Sie müsse nicht in der Zusprechung des gesamten Oberschlesien, sondern in der Uebertragung der Hälfte des Industriegebietes bestehen. Deutschland solle 20 Millionen Tonnen Kohlen von den 40 Millionen Jahresförderung erhalten. Wenn diese Maßnahme nicht das alldeutsche Deutschland befriedigen werde, werde sie doch vom demokratischen Deutschland als Entgegenkommen angesehen werden. (!) — „Gaulois" sagt, die Abstimmung sei kein Sieg, sie sei nicht einmal ein Erfolg, sondern sie erhalte das Ministerium Wirth in einer prekären Lage dank einer Zufallsmehrheit, die man deshalb erzielt habe, weil überlegte Leute vor der Gefahr einer Aenderung der französischen Politik gegen Deutschland zurückgeschreckt seien. Diese Haltung rechtfertige sich aber darin, daß die augenblickliche Regierung denke, Frankreich werde darauf verzichten, die polnischen Interessen in Oberschlesien zu unterstützen. Es sei klar, daß dies die Karte sei, auf die die Gemäßigten in Deutschland gesetzt hätten

England.

Was der Streik England kostet. Infolge der unerhörten Anforderungen an den Fonds für Arbeitslosenunterstützung ist dieser jetzt vollkommen aufgebraucht. Die Regierung beschloß daher die Arbeitslosenunterstützung zu verringern und die Beiträge von allen Parteien zu erhöhen. Die wöchentliche Auszahlung beläuft sich jetzt auf 1 300 000 Pfd., während die Einnahmen nur 600 000 Pfd. betragen. — Der Bericht der Sachverständigen, die den Schaden untersuchen sollten, welcher infolge des Versaufens der Bergwerke entstanden ist, erklärt, daß der Schaden größer sei, als man erwartet habe. Es sind 2 Millionen Pfund nötig, um den Schaden wieder gut zu machen.

Amerika.

Internationale Konferenz zur Beschränkung der Rüstungen. Der Ausschuß des Repräsentantenhauses für auswärtige Angelegenheiten hat eine von seinem Vorsitzenden Porter nach Rücksprache mit dem Präsidenten Harding aufgezeichnete Entschließung angenommen, in der erklärt wird: Der Kongreß befinde sich in Uebereinstimmung mit dem Präsidenten, wenn er eine internationale Konferenz über die Beschränkung der Rüstungen einberufe und für vorläufige Ausgaben zu diesem Zwecke 100 000 Dollar bewilige.

Argentinien.

Der Achtstundentag ist durch Gesetz eingeführt worden. — Die Regierung beabsichtigt Eisenbahnmaterial zu kaufen, das sie mit Wolle zu bezahlen gedenkt.

Oertliches und Sächsisches.

Riesa, den 6. Juni 1921.

—* **Beim Baden in der Elbe ertrunken** sind am Sonnabend nachmittag in der 6. Stunde unterhalb der Moritzer Fähre die Zeichnerlehrlinge Bruno Schramm, Schanstraße 4, und Rich. Hübner, Friedr.-August-Str. 11, hier, wohnhaft. Wie Augenzeugen mitteilen, ist Hübner in den Wellen eines vorüberfahrenden Dampfers untergegangen und hat um Hilfe gerufen. Schramm hat ihn retten wollen, ist hierbei aber auch untergegangen. Die Leichen der beiden jungen Leute sind noch nicht gefunden. Schr. ist 1,70 Meter groß, von schlanker Figur, hat dunkelblondes Haar, desgl. Augenbrauen, Nase, Ohren u. Mund normal, gesunde vollständige Zähne, rundes Gesicht und ist mit roter Badehose bekleidet gewesen, außerdem hat er am rechten Unterarm eine von einer Operation herrührende Narbe. H. ist 1,60 Meter groß, hat schmale Brust, schwarzes Haar, hohe Stirn, braune Augen, längl. Nase, Ohren u. Mund normal, Bartanflug, vollständige Zähne, schwaches längl. Gesicht, braune Gesichtsfarbe, vorstehende Oberlippe, doppelte Augenzähne und ist mit grau- und weißgestreifter Badehose bekleidet gewesen. Bei evtl. Auffindung der beiden Leichen wird um Mitteilung an den Stadtrat zu Riesa gebeten. — Da die beiden Ertrunkenen an einer Stelle gebadet haben, die nicht abgegrenzt ist und an der infolgedessen nicht gebadet werden darf, so sei erneut dringend vor dem Baden in der Elbe an den nicht freigegebenen Stellen gewarnt. Die Eltern, Erziehungsberechtigten und Lehrherren können nicht oft und eindringlich genug Kindern u. Lehrlingen dieses Verbot einschärfen. Aber auch die Erwachsenen selbst sollten sich streng an das Verbot halten, denn die zahlreichen Unglücksfälle zeigen, daß auch für sie das Baden in der freien Elbe an den nicht abgegrenzten Stellen mit großen Gefahren verknüpft ist. Eine Unsitte der Badenden ist es auch, sich zu weit in die freie Elbe heraus zu wagen und zu versuchen, möglichst nahe an die vorüberfahrenden Dampfer heranzukommen. Hierauf ist eine große Anzahl der Unglücksfälle zurückzuführen. Es ist natürlich, daß bei der großen Hitze das Bedürfnis zum Baden groß ist, und die Gemeindebehörden sollen es sich angelegen sein lassen, diesem Bedürfnis durch Anlegen abgesteckter Plätze in der Elbe nach Möglichkeit Rechnung zu tragen. Andererseits sollten die Behörden auch streng darüber wachen, daß das Baden an den verbotenen Stellen unterbleibt.

—* **Geistliche Musikaufführung in der Trinitatiskirche.** — Am Vorabend des Johannistages, Donnerstag, den 23. d. M., abends 8 Uhr veranstaltet die hiesige Oberrealschule eine geistliche Musikaufführung in unserer Trinitatiskirche. Die Vortragsfolge verzeichnet Werke (Soli, Chöre, Violinchöre) von Joh. Seb. Bach, Händel, Mozart, Mendelssohn-Bartholdy, Schumann und Brahms. Der Reinertrag der Veranstaltung soll der Errichtung eines Ehrenmales für die im Weltkriege gefallenen ehemaligen Schüler dieser Anstalt dienen. Näheres in den demnächst zur Veröffentlichung gelangenden Konzertanzeigen und Plakaten.

—* **Die Vereinigung christlicher Eltern** — siehe die Vereinsnachrichten — veranstaltet morgen eine Mitgliederversammlung, in der ein Vortrag über den Entwurf zu dem Reichsschulgesetz gehalten werden soll. Es ist unbedingt notwendig, daß sich alle christlich gesinnten Eltern eingehend mit der wichtigen Frage beschäftigen: Was wird das neue Reichsschulgesetz bringen, das unser Schulwesen auf Jahre hinaus regeln soll? Es ist deshalb dringend zu wünschen, daß diese Versammlung zahlreich von Vätern und Müttern besucht wird. Anmeldungen zur Mitgliedschaft bei der Vereinigung können bei dieser Gelegenheit bewirkt werden.

—* **Hochsommertage** waren uns am Sonnabend und Sonntag beschieden, denn das Quecksilber im Thermometer kletterte bis auf 25 Grad Reaumur im Schatten und erreichte damit einen Stand, wie er auch in den Hundstagen nicht gerade gang und gäbe ist. Es herrschte eine hundstagsmäßige Schwüle, daß man glauben konnte, Gewitter könnten gar nicht ausbleiben. Aber die gestern nachmittag sich aufstürmenden Wetterwolken ließen es bei dem „Drohen" bewenden, und der Tag verging ohne Abkühlung und Erfrischung. Erst in der Nacht ging ein leichter Regen nieder. Heute früh hatte sich bei stärker gehendem Wind doch ein Rückgang der Temperatur eingestellt, der auch am Tage, trotzdem die Sonne wieder am Himmel strahlte, anhielt.

—SEN. **Die Sächs. Evangelisch-soziale Vereinigung** hielt am 30. Mai in Anwesenheit von Geh. Rat Wirthgen vom Konsistorium in Dresden ihre Jahresversammlung ab. Pfarrer Herz-Leipzig gibt den Jahresbericht, aus dem das rege, besonders in letzter Zeit wieder bedeutend regere und reiche Leben und Arbeiten, namentlich in Leipzig, aber auch in den anderen Ortsgruppen, hindurchleuchtet und das Schaffen der alten und neuen evangel.-sozialen Kämpfer im Dienste der Kirche und gegen Kirchenaustritt erkennen läßt. Wichtig ist ferner eine gehaltvolle Aussprache über das Verhältnis zu den religiös-sozialen Kreisen, mit deren eigenen neuen Einstellungen. Um der Wahrung der theologischen Neutralität willen wird der Anschluß an den Eisenacher „Verband des freien Protestantismus" abgelehnt. Herz bleibt vorläufig Vorsitzender. Pfarrer Vogel-Leipzig bietet in seinen Ausführungen Wertvolles und für kirchliche und nichtkirchliche Kreise und Gewissen Einschärfendes zur Frage und Forderung der politischen Neutralität der Kirche, das ein Echo in einer lebendigen, von frommen Verlangen nach Volkskirche und Volkschristlichkeit durchdrungenen Aussprache findet. In der öffentlichen, gut besuchten Abendversammlung teilen sich Pfarrer Dr. Busch-Dresden und Pfarrer Oehnemann-Altenhof in den Vortrag über „das kirchliche und religiöse Problem in der modernen Arbeiterschaft", diese brennende Gottesfrage an Kirche und Zeit verschieden in der religiösen Erkenntnis, gleich in der Liebe beleuchtend. Die Aussprache läßt den ergreifenden Ernst und die fromme Begeisterung Gegenantwort und Zustimmung finden im Willen, dieser weithin noch fremd gebliebenen Frage Nachdruck zu verleihen.

—* **Feriensonderzüge.** WTB. meldet aus Berlin: Unter der Voraussetzung, daß die Kohlenversorgung der Eisenbahnen gesichert sei, werden in diesem Jahre versuchsweise 10 Ferienzüge für die Fahrt von den Großstädten nach den Erholungsorten und für die Rückfahrt nach den Großstädten geführt werden. Es ist zulässig, die Sonderzüge nur für die Hinfahrt oder nur für die Rückfahrt zu benutzen. Die Fahrkarten für diese Sonderzüge werden deshalb getrennt für die Hin- und Rückfahrt ausgegeben. Auf Verlangen werden jedoch die Karten für die Rückfahrt auch gleichzeitig bei der Lösung der Fahrkarten für die Hinfahrt verkauft. Den Benutzern der Feriensonderzüge wird in der zweiten und dritten Klasse für die Hin- und Rückfahrt eine Preisermäßigung von je 33⅓ Prozent gewährt. Die Einheitssätze für das Tarifkilometer betragen 22 Pfennig in der zweiten und 13 Pfg. in der dritten Klasse. Die Ermäßigung wird nur gewährt für die Fahrt zu Stationen, die in der vom Sonderzug berührten Strecke liegen. Ausnahmen hiervon werden im Seebäderverkehr zugelassen, um die Schwierigkeiten der Neuabfertigung beim Uebergang von der Sonderzugstrecke zu vermeiden. Die Orte, nach denen Feriensonderzüge gefahren werden und alle Einzelbestimmungen werden in den nächsten Tagen bekannt gegeben.

—* **Der Postverkehr mit dem Aufstandsgebiet in Oberschlesien** ist seit dem 3. Mai nahezu völlig unterbrochen. Die Postverwaltung sieht sich daher zu ihrem Bedauern gezwungen, die Annahme von Einschreibsendungen jeder Art, von Postaufträgen, Postanweisungen, Nachnahmen, Drucksachen, Warenproben usw. gänzlich einzustellen. Pakete, Wertsendungen und Zahlungsanweisungen nach dem Aufstandsgebiet müssen auch weiterhin von der Annahme ausgeschlossen bleiben. Zugelassen sind z. Z. lediglich gewöhnliche Briefe, Postkarten und durch die Post bezogene Zeitungen auf Gefahr des Absenders. Unterwegs befindliche Sendungen werden vorerst nicht zurückgeleitet.

—* **Die Vergebung des Obstes der Gemeindestraßen.** Der Haushaltausschuß A hat beschlossen, die Regierung zu ersuchen, bei der Vergebung des Obstes von den Staatsstraßen zunächst die Gemeinden aufzufordern, ihren Bedarf bei der Regierung anzumelden. Nach diesen Anmeldungen ist das Obst zu angemessenen Preisen an Gemeinden abzulassen. Diese sind verpflichtet, für sachgemäße Bewirtschaftung des Obstes zu sorgen und das Obst unter entsprechendem Aufschlag zu den Selbstkosten an die Bevölkerung abzugeben. Sollten die Gemeinden das Obst von den Staatsstraßen nicht oder nur teilweise beanspruchen, so bleibt der Regierung die öffentliche Versteigerung des Obstes überlassen. Ferner soll bei den Versteigerungen nur solchen Bewerbern der Zuschlag erteilt werden, die sichere Gewähr für gründliche Erfahrung in der Obsternte und pfleglichen Behandlung der Obstbäume bieten. Endlich soll in der Regel bei jedem Versteigerungstermin keinem Bewerber mehr als eine Straße verpachtet und die Strecke nicht allzu groß bemessen werden.

Strehla. Das 4jährige Söhnchen des Plantagenbesitzers Paul Baege stürzte beim Spielen in einen zu der Plantage gehörigen Bassin und ertrank.

Großenhain. Auf dem Wochenmarkte am Sonnabend stellten sich die Preise wie folgt: Erdbeeren, das Pfund 4,00 M.; Butter, das Stückchen 8—10 M., das Kilo 40,00 M.; Eier, das Stück 1,50 M.; Gurken, grüne, holländische, das Stück 4,00—5,00 M.; Karotten, junge, das Bäckchen 50—60 Pfg.; Kirschen, das Pfund 3,50—4,50 M.; Blumenkohl, fremder, der Kopf 4 M.; Kohlrabi, junger, der Kopf 30—70 Pfg.; Radieschen, das Bäckchen 20—25 Pfg.; Rettiche, junge, das Bäckchen 30 Pfg.; Rhabarber, das Pfund 50 Pfg.; Salat, hiesiger, die Staude 25—30 Pfg.; Schellfisch o. K., das Kilo 4,40—4,80 M.; Seegal, geräuchert, das Kilo 8,00 M., Schnittlauch, das Bäckchen 10 Pfg.; Schoten, das Pfund 1,50—1,80 M.; Spargel, starker, das Pfund 4,00—4,50 M.; Suppenspargel, das Pfund 1,50 bis 2,00 M.; Spinat, das Pfund 30—40 Pfg.; Zwiebeln, das Pfund 1,00 M.

* **Döbeln.** Die Mietervereine von Döbeln, Leisnig, Roßwein, Waldheim, Harthau, Geringswalde, Mittweida, Hainichen und Ostrau haben sich zu einem Bezirksverband mit dem Sitz in Döbeln zusammengeschlossen.

Das Geheimnis
aller Hausfrauen-Schwierigkeiten und Hausfrauensorgen,
wie Kleider, Flecken, Bläschen, Hautrisse, Pickel, Pusteln u. s. w.
zu vermeiden, besteht in täglichen Waschungen mit der echten
Steckenpferd-Karbolseife
(Durch Schutzmarke kenntlich.)